

MICHAEL KISSENER und RUDOLF LILL (Hrsg.): **20. Juli 1944 in Baden und Württemberg.** (Portraits des Widerstands. Eine Schriftenreihe der Karlsruher Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten, Band 3). Universitätsverlag Konstanz 1994. 242 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Pappband DM 24,80

Das mißlungene Attentat auf Adolf Hitler im «Führerhauptquartier», mit dem am 20. Juli vor 50 Jahren die konservative Militäropposition um Graf Stauffenberg das nationalsozialistische Unrechtssystem stürzen wollte, hat höchst gegensätzliche Beurteilungen erfahren. Die nationalsozialistischen Machthaber selber verurteilten die gescheiterten Attentäter samt ihren Helfern und deren Familien als Hochverräter und versuchten, den «Aufstand des Gewissens» blutig auszulöschen. Viele der Mitläufer des «Dritten Reichs» hielten auch nach 1945 an der Verrats-Version fest. Später wurden die Männer des 20. Juli in der Bundesrepublik als Vorkämpfer des demokratischen Neuanfangs gefeiert unter weitgehender Verdrängung des sozialistischen und kommunistischen Widerstands. Die DDR dagegen würdigte nur den Widerstand aus der Arbeiterbewegung und schwieg die Opposition aus konservativen und militärischen Kreisen tot. Wie auch immer die Urteile von rechts oder links lauteten, allen ist gemein, daß sie den Umsturzversuch auf die Berliner bzw. preußischen Aktivitäten beschränkten.

Dagegen zeigt der vorliegende Band der Forschungsstelle «Widerstand» an der Universität Karlsruhe, daß die Verschwörer des 20. Juli wichtige Unterstützung aus dem deutschen Südwesten erhielten. Auch wenn die aus Sicherheitsgründen oder im Bombenkrieg weitgehend vernichteten Unterlagen manche Verbindungslinien nicht mehr in allen Einzelheiten zu rekonstruieren erlauben, so entsteht in diesem Band doch das Bild eines Umsturzversuchs, der auch in Baden und in Württemberg auf lokaler wie regionaler Ebene lange, detailliert und weitverzweigt vorbereitet wurde. Als Zentren der südwestdeutschen Unterstützung der Verschwörer werden die beiden Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart sowie die badische Universitätsstadt Freiburg vorgestellt, wobei auffällt, daß es in der württembergischen Landesuniversität Tübingen nie zu einer entsprechenden Formierung von Oppositionellen kam.

Michael Kissener umreißt den Kreis um den katholischen Karlsruher Rechtsanwalt Reinhold Frank. Die Kanzlei, die der aufrechte Zentrumsmann zusammen mit seinem Sozjus betrieb, entwickelte sich, nachdem seine kommu-

nalpolitische Tätigkeit – zuletzt als Hospitant der NSDAP – 1934 gewaltsam beendet wurde, zu einem *weithin bekannten Zentrum der Verteidigung für politisch Verfolgte* aller Richtungen. Dabei ergab sich der Kontakt zu anderen NS-Gegnern, beispielsweise im Elsaß oder in Stuttgart, ganz selbstverständlich. Schließlich stellte wohl Eugen Bolz im Frühjahr 1943 die Verbindung zu Carl Goerdeler her. Damit begann eine detaillierte Organisation des Umsturzes, insbesondere Planungen für einen demokratischen und föderalistischen Neuanfang auf lokaler Ebene. Franks weitverzweigtes Kontakt- und Informationsnetz belegt einmal mehr die Existenz von Nischen, in denen sich Nonkonforme und Oppositionelle den Anforderungen und Zumutungen des NS-Staates entziehen konnten, sofern sie es wollten. Aus diesen Freiräumen heraus, die in der Regel mit beruflichen Nachteilen erkaufte werden mußten, entwickelte die Karlsruher Gruppe ihre Pläne für die Übernahme exekutiver Befugnisse in Baden im Fall eines erfolgreichen Umsturzversuches. So war für Reinhold Frank das Amt des Staatspräsidenten bzw. des Justizministers vorgesehen. Doch nach dem mißlungenen Attentat verhaftet und am 23. Januar 1945 in Berlin hingerichtet, kamen seine Erfahrungen und Fähigkeiten beim Aufbau der Demokratie nach 1945 in Baden nicht mehr zum Tragen.

Hatte sich die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus in Karlsruhe vor allem in katholisch-konservativen Kreisen der Justiz und der Verwaltung zu aktivem Widerstand entwickelt, so bildeten sich regimiefeindliche Aktivitäten in Stuttgart vornehmlich um den schwäbischen Industriellen Robert Bosch. Dieser war mit seiner aktiven Unterstützung von politisch und rassistisch Verfolgten und dank seiner eigenständigen wirtschaftlichen Entscheidung schon früh zu einem *Zentrum der Nonkonformität und der Resistenz* geworden. Der NS-Gauleiter selber sprach von einer «Nebenregierung» im Hause Bosch. Robert Boschs Unabhängigkeit und der Mimikry seines Geschäftsführers Hans Walz als Mitglied im «Förderkreis Reichsführer-SS» war es zu verdanken, daß Carl Goerdeler unter dem Deckmantel eines Beratervertrags Mittel und Möglichkeiten erhielt, die südwestdeutschen Widerstandsgruppen zu koordinieren. Vielfältige politische Gruppierungen und Haltungen, angefangen von den NS-Gegnern der ersten Stunde um den christlichen Gewerkschafter Josef Ersing über den ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz oder den Landesbischof Theophil Wurm bis hin zu dem erst spät helllichtig gewordenen «alten Kämpfer» und Stuttgarter Oberbürger-

meister Karl Strölin und Generalfeldmarschall Erwin Rommel, wurden so in Stuttgart gebündelt. Joachim Scholtyseck schildert die verzweigten Äste dieser Gruppierung, deren Mitglieder meist nicht um die Mitarbeit der anderen wußten, mit all ihren politischen Vorbehalten und taktischen Auseinandersetzungen wie einen «Mikrokosmos des Widerstands». Dabei machen Personen wie der SS-Obergruppenführer Gottlob Berger – Chef des SS-Hauptamtes und Erzrivale des württembergischen Gauleiters Wilhelm Murr, gleichzeitig aber auch ein aufrechter Bewunderer Robert Boschs – deutlich, wie nützlich und notwendig die Nähe zur Macht für einen erfolgreichen Widerstand war. Allerdings läuft die Darstellung mit ihrer Konzentration auf die Zusammenhänge mit dem 20. Juli, an dem ja in Stuttgart eigentlich gar nichts stattfand, leider Gefahr, die vielen regimefeindlichen und widerständigen Aktivitäten zu vergessen, dank derer die Einigung unter den süddeutschen NS-Gegnern unterschiedlichster politischer Richtung und Zielsetzung überhaupt erst zustandekam.

Auch der «Freiburger Kreis» von Regimegegnern und Oppositionellen hauptsächlich christlicher Motivation hat sich, wie Hugo Ott in seinem Beitrag skizziert, schon früh um die Universitätslehrer Gerhard Ritter, Walter Eucken und Adolf Lampe zusammengefunden. Als 1937 mit dem Nationalökonom Constantin von Dietze ein unerschrockenes Mitglied der Bekennenden Kirche zu ihnen stieß, formierte sich die lockere Gruppierung unter dem Eindruck der Reichspogromnacht und der sich abzeichnenden Kriegspläne zu einem festen Diskussionskreis, dessen Überlegungen schon Ende 1938 zu einer Denkschrift *Kirche und Welt als notwendige(r) Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit* führten. Dieser Entwurf einer politischen Ethik wurde, über vielfältige Vermittlung und unter Mithilfe vieler, zur Grundlage einer beeindruckenden Denkschrift, die auf Initiative Dietrich von Bonhoeffers eine künftige Friedensordnung unter das Zeichen der Versöhnung stellen sollte. Wie die anderen süddeutschen Mitwisser der Verschwörung gerieten auch die Freiburger nach dem mißlungenen Umsturzversuch rasch in die Fänge der Gestapo und verdankten es nur dem Zufall, daß die bei einem Bombenabwurf vernichteten Untersuchungsakten nicht mehr zur Grundlage eines Hochverratsprozesses werden konnten. Die abschließenden 39 biographischen Skizzen der «Mitverschwörer des 20. Juli im deutschen Südwesten» machen noch einmal eindrücklich die Breite und die weite Verweigerung deutlich, teils auch die langsame Entwicklung der Unterstützung, die die Umsturzpläne in Württemberg und Baden fanden.

*Benigna Schönhagen*

ALOIS NIEDERSTÄTTER: **Ante Portas. Herrscherbesuche am Bodensee 839–1507.** Universitätsverlag Konstanz 1993. 212 Seiten. Gebunden DM 24,80

Die eigentlichen Königspfalzen, aber auch Reichsklöster und Reichsstädte dienten im Mittelalter dem Herrscher als wechselnde Aufenthaltsorte. Eine ständige Residenz kannte das deutsche König- bzw. römische Kaisertum nicht; das Reich blieb ohne eigentliche Hauptstadt, auch wenn einige Städte – Frankfurt etwa als Wahlort, Aachen als Krönungsstadt und Speyer zeitweise als Grablege – bestimmte Funktionen im Zusammenhang mit dem Reichsoberhaupt übernommen hatten.

Der Aufenthalt des Herrschers in den Mauern einer Stadt oder eines Klosters war von hoher Bedeutung und unterstrich die Wertschätzung, die der Monarch durch seinen Besuch ausdrückte. Sie kam auch der mittelalterlichen Vorstellung der Menschen entgegen, dem König ihre Klagen unmittelbar vortragen zu können, denn sie fühlten sich von Gott dem Schutz des Herrschers anvertraut, und noch im 14. Jahrhundert galt die Allgegenwart des Königs zumindest theoretisch als Ideal.

Der königliche Besuch war stets von einem aufwendigen Zeremoniell begleitet. Der feierlichen Einholung, verbunden mit einer Prozession geistlicher und weltlicher Würdenträger, folgten die Verehrung von Reliquien, die Übergabe der Schlüssel der Stadttore sowie der Besuch einer Messe und ausgiebige Festlichkeiten.

Auch der Raum um den Bodensee erlebte eine Reihe von Herrscherbesuchen, die zu den herausragenden Ereignissen der jeweiligen Stadt- und Klostergeschichte gehören. Diese werden in der vorliegenden Veröffentlichung nach einer kurzen Darstellung des mittelalterlichen Reisekönigtums im historischen Zusammenhang geschildert und bewertet. Der erste kaiserliche Besuch fand im Frühjahr 839 statt, als Ludwig der Fromme die Pfalz Bodman zum Zentrum seiner Unternehmungen in Alemannien machte, um die Stellung des Kaisers nach dem Aufstand seines Sohnes wieder zu festigen. Auch im folgenden Jahrhundert waren diese Pfalz und der Königshof Lustenau, unweit der Mündung des Rheins in den Bodensee gelegen, mehrere Male Ziel kaiserlicher Besuche.

Nachdem sich der Salier Konrad II. im Jahr 1025 nach der Zerstörung seiner Pfalz in Pavia für kurze Zeit in Konstanz aufgehalten und dort seine Rückkehr nach Italien politisch vorbereitet hatte, geriet der Bodenseeraum etwas aus dem Blickfeld der Regierenden, bis er unter den Staufern eine neue, zentrale Bedeutung erlangte. Der Bischofssitz Konstanz war es nun, der zum wiederholten Male die folgenden Herrscher, von Friedrich I. bis Konradin, beherbergte. Auch die Habsburger kamen wiederholt in die Seeregion. Schließlich rückte der Bodensee mit der Wahl von Konstanz als Tagungsort eines Konzils von 1414 bis 1418 ein letztes Mal in den Brennpunkt mittelalterlicher Politik.

Eine ähnliche Veranstaltung, deren Verlauf – allerdings weniger die religiösen und politischen Vorgänge – aus lokaler Sicht hier geschildert wird, durfte die Landschaft um den Bodensee später nicht mehr erleben, auch wenn